

**Bezug einer OZG-Verwaltungsleistung
als Anlage zur Rahmenvereinbarung zur Nachnutzung von OZG-Verwaltungsleistungen über den Kommunalvertreter.NRW**

– im Folgenden der „**Leistungsbezieher**“ –

bezieht über

die **d-NRW AöR**,
als Kommunalvertreter für das Land Nordrhein-Westfalen

– im Folgenden der „**Kommunalvertreter**“ –

die OZG-Verwaltungsleistung

Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz

§ 1

Gegenstand des Bezugs

1. Der Leistungsbezieher bezieht die OZG-Verwaltungsleistung

„Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz (OZG-ID: 10606)“

(im Folgenden: „**OZG-Verwaltungsleistung**“) für die Nachnutzung nach dem „Einer für Alle“-Prinzip.

2. Der Bezug erfolgt auf Basis der Regelungen der zwischen Leistungsbezieher und Kommunalvertreter geschlossenen Rahmenvereinbarung vom (Version Vorlage Rahmenvereinbarung vom 03.02.2022).
3. Die Nachnutzung soll ab dem erfolgen.

§ 2

Dienstinformationen

1. Leistungsgegenstand dieses Einzelabrufs ist die Bereitstellung des „Einer für Alle“-Online-Dienstes (EfA-Dienstes) „Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz“. Details zum Dienst sind der beigefügten Leistungsbeschreibung zu entnehmen (Anlage 2).
2. Der Kommunalvertreter stellt den technischen Dienst zur OZG-Leistung zur Nachnutzung gemäß Rahmenvereinbarung § 3 bereit.
3. Für den Betrieb, die Wartung und die Pflege des Dienstes „Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz“ bedient sich der Kommunalvertreter der IT.NRW (Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen) und ggf. weiterer Auftragnehmer.

3.1 Der Dienst wird auf der Produktionsumgebung der bundesweiten Sozialplattform angeboten. Die Sozialplattform basiert auf der Portalinfrastruktur „Blaupause Serviceportal.NRW“. Diese Infrastruktur stellt die Basis für die Implementierung von OZG-Portalen im hohen Schutzbedarf dar. Dieser EfA-Dienst wird über eine funktionierende Internetverbindung im Browser den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt. Die Verantwortung des Auftragnehmers endet am Leistungsübergabepunkt. Dies ist die Versendung einer mit dem Zertifikat der antragsbearbeitenden Behörde als verschlüsselte XÖV Datei, inkl. einer lesbaren PDF-Datei an den OSCI-Intermediär des Landes der antragsbearbeitenden Behörde.

3.2 Der EfA-Dienst „Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz“ ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland das Stellen von Anträgen gemäß der enthaltenen Antragsstrecken in digitaler Form.

3.3 Der EfA-Dienst verfügt über eine Weboberfläche zur Eingabe der entsprechenden Antragsdaten und der Möglichkeit, dem Antrag diverse Nachweise beizufügen. Die Sozialplattform überführt die Antragsdaten in eine XSozial konforme Antragsdatei und versendet diese (gem. EfA-Mindestkriterien) mit dem Zertifikat der antragsbearbeitenden Behörde verschlüsselte XÖV Datei, inkl. einer lesbaren PDF-Datei an den OSCI-Intermediär des Landes der antragsbearbeitenden Behörde. Bürgerinnen und Bürger benötigen für die Nutzung des Online-Dienstes ein Servicekonto.

3.4 Folgende Leistungsbausteine werden vom EfA-Dienst „Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz“ genutzt: Servicekonto.NRW, Sozialplattform inkl. ZDI zum Versand der Nachrichten an den OSCI Intermediär der Länder.

3.5 Die Auftragsverarbeitungsvereinbarung (AVV) und Liste der vereinbarten Technischen und Organisatorischen Maßnahmen werden in den Anlagen 1 dieses Einzelabrufs dokumentiert.

§ 3 Support

Zu dem im Rahmenvertrag § 3 Absatz III definierten Support für den Leistungsbezieher wird in der Betriebsphase ein zusätzlicher First-Level-Support für die Bürger:innen sowie Kommunen und IT-Dienstleister in den Zeiten Mo-Fr von 08:00 bis 18:00 Uhr unter der Telefonnummer 0211 837-1955 angeboten.

Für den technischen Support im Rahmen der Anbindungsphase steht das Anbindungsteam der Sozialplattform unter anbindung@sozialplattform.info zur Verfügung.

§ 4 Kosten

Die Kosten für die Nachnutzung des Online-Dienstes „Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz“ werden landesseitig durch das für „Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz“ zuständige Ministerium getragen. Es wird keine Rückforderung der Kosten geben, die bis zum, 31.12.2023 entstehen.

Eine dauerhafte Nutzung des Online-Dienstes „Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz“ durch den Leistungsbezieher kann für den Zeitraum nach dem 31.12.2023 von einer Beteiligung des Leistungsbeziehers an den Kosten abhängig gemacht werden.

d-NRW wird rechtzeitig vor dem vorstehend genannten Datum und danach in durch d-NRW festzulegenden Zeitabständen jeweils eine Berechnung des durch den Leistungsbezieher zu erstattenden Kostenanteils während des jeweils nachfolgenden Nachnutzungszeitraums erstellen und dem Leistungsbezieher mitteilen.

§ 5 Laufzeit und Kündigung

1. Dieser Einzelabruf gilt auf unbestimmte Zeit.
2. Beide Vertragspartner können den Einzelabruf unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Nachnutzungszeitraums (Kalenderjahr), frühestens jedoch zum 31.12.2023 kündigen.
3. Weist d-NRW dem Leistungsbezieher gem. § 4 für den nachfolgenden Nachnutzungszeitraum höhere zu erstattende Kosten als im laufenden Nachnutzungszeitraum aus (im Verhältnis zur jeweils vereinbarten Bezugsgröße wie Zeitraum, Anzahl Anträge, o.ä.), kann der Leistungsbezieher den Einzelabruf zum Ende des laufenden Nachnutzungszeitraums kündigen. Die Kündigungserklärung muss d-NRW spätestens 2 Monate nach Zugang der Mitteilung über die Höhe des zu erstattenden Kostenanteils zugehen.
4. Beide Vertragspartner haben das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund.

§ 6

Ergänzungen zur Auftragsverarbeitung

Die gem. Rahmenvereinbarung vereinbarten Regelungen zur AVV werden in Anlage 1 zu diesem Einzelabruf konkretisiert.

Darüber hinaus treffen die Vertragsparteien für diesen Einzelabruf des Online-Dienstes „Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz“ in Bezug auf alle enthaltenen Antragsstrecken folgende von der Rahmenvereinbarung zur Auftragsverarbeitung abweichende Regelungen:

1. In Ergänzung zu § 2 Abs. 3 der Rahmenvereinbarung zur Auftragsverarbeitung kann ein „sachlicher Grund“ auch ein solcher sein, der bei einem weiteren Auftragsverarbeiter (gemäß der Liste der genehmigten Subunternehmer) vorliegt.

2. In Abweichung zu § 3 Abs. 4 der Rahmenvereinbarung zur Auftragsverarbeitung ist für diesen Einzelabruf keine Einhaltung der 14-tägigen Ankündigungsfrist erforderlich. Stattdessen soll d-NRW den Leistungsbezieher nach Möglichkeit unverzüglich über die (drohende) Aussetzung der Erfüllungen einer Weisung des Leistungsbeziehers informieren, nachdem d-NRW hierüber von einem weiteren Auftragsverarbeiter (gemäß der Liste der genehmigten Subunternehmer) informiert wurde.

3. Der **Leistungsbezieher erteilt hiermit ausdrücklich seine Zustimmung** gemäß § 6 Abs. 3 der Rahmenvereinbarung zur Auftragsverarbeitung, dass die Datenverarbeitung im Auftrag zu diesem Einzelabruf durch d-NRW und die weiteren Auftragsverarbeiter (gemäß der Liste der genehmigten Subunternehmer) auch in **Privatwohnungen** (z.B. bei Tele- bzw. Heimarbeit von Beschäftigten) erfolgen darf. Die Pflicht zur Einhaltung angemessener technischer und organisatorischer Maßnahmen sowie der Ausschluss einer Verwendung von Privatgeräten, soweit diese eine eingebaute Möglichkeit zur dauerhaften Speicherung auftragsbezogener Daten besitzen (z.B. Laptop- oder Desktop-PC, Smartphone, Tablets, aber nicht z.B. Monitore, Tastatur und Maus, Webcam, Internet-Router), bleiben unberührt.

4. In Ergänzung zu § 6 Abs. 5 der Rahmenvereinbarung zur Auftragsverarbeitung können d-NRW sowie die weiteren Auftragsverarbeiter (gemäß der Liste der genehmigten Subunternehmer) den regelmäßigen Nachweis der Erfüllung ihrer Pflichten, insbesondere der vollständigen Umsetzung der vereinbarten technischen und organisatorischen Maßnahmen sowie ihrer Wirksamkeit jeweils auch erbringen durch:

4.1. aktuelle Testate oder Berichte unabhängiger Bereiche wie z.B. Revision, Datenschutzbeauftragter, IT-Sicherheitsbeauftragter oder durch

4.2. eine geeignete Zertifizierung durch IT-Sicherheits- oder Datenschutzaudit, z.B. nach ISO 27000 oder BSI IT-Grundschutz.

§ 7
Anlagen zu diesem Einzelabruf

Die Anlagen 1 (Auftragsverarbeitung zum Einzelabruf samt TOMs), 2 (Leistungsbeschreibung) und Anlage 3 (Anbindung zuständige Stelle) sind feste Bestandteile dieses Einzelabrufes und werden mit Abschluss dieser Einzelvereinbarung ausdrücklich als Einzelabruf-Bestandteile mit einbezogen.

Kommunalvertreter.NRW

Ort, Datum

Unterschrift

(Auftraggeber,
Leistungsbezieher)

Name, Vorname, Funktion
des/der Vertretungsberechtigten

Dortmund, den

Ort, Datum

Unterschrift

(Auftragnehmer,
Leistungserbringer)

i.V. Markus Both,
allg. Vertreter der Geschäftsführung